

Klimaziele in Gefahr: Photovoltaik-Projekte scheitern an bürokratischen Hürden!

PV-Flächencheck 2025: Bundesverband Photovoltaic Austria fordert bundesweite Maßnahmen zur Umsetzung von PV-Projekten.



Niederösterreich, Österreich - Der Bundesverband Photovoltaic Austria (PV Austria) hat am 8. Juni 2025 einen aktuellen PV-Flächencheck veröffentlicht, der alarmierende Ergebnisse zur Umsetzung von Photovoltaik-Projekten in Österreich präsentiert. Besonders in den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark zeigt sich ein drastisches Problem: Die ausgewiesenen Zonen für PV-Projekte sind kaum nutzbar. In der Steiermark wurden nach zwei Jahren lediglich sechs Photovoltaikanlagen in 36 Vorrangzonen realisiert, während in Niederösterreich von 116 Vorrangzonen nur acht tatsächlich genutzt wurden. Diese Situation ist umso

besorgniserregender, da einige Bundesländer noch nicht einmal über PV-Vorrangzonen verfügen.

Herbert Paierl, Vorstandsvorsitzender von PV Austria, äußerte scharfe Kritik am fehlenden Engagement der Bundesländer und betonte, dass Dachanlagen allein nicht ausreichen werden, um die angestrebte Klimaneutralität sowie eine leistbare Energieversorgung zu erreichen. Das „Umsetzungsradar“ des Dachverbandes Erneuerbare Energie Österreich zeigt ähnliche Schwierigkeiten bei der Einhaltung der EU-Vorgaben auf. Die RED-III-Richtlinie verlangt eine Straffung der Genehmigungsverfahren sowie die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten, doch die Bundesländer agieren uneinheitlich und säumig, was potenziell zu Vertragsverletzungsverfahren führen könnte.

Forderungen für einen schnelleren Ausbau

Paierl fordert ein bundesweites Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) und eine verbindliche Energieraumplanung auf nationaler Ebene, um das Vorankommen der Projekte zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um den so wichtigen Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, zumal Deutschland ebenfalls mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert ist.

Im deutschen Bundestag wurde am 10. Oktober 2024 ein Antrag der AfD-Fraktion zur Energieversorgung abgelehnt, die unter anderem eine Beendigung des Kohleausstiegs und die Unterstützung des Weiterbetriebs vorhandener Kohlekraftwerke forderte. Die zunehmende politische Debatte um die Energieversorgung spiegelt sich in den unterschiedlichen Ansätzen zur Nutzung erneuerbarer Energien wider. Unter den ablehnenden Fraktionen fanden sich die SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. Kritiker, wie der Grüne-Abgeordnete Bernhard Herrmann, warfen der AfD vor, eine rückwärtsgewandte Energiepolitik zu vertreten.

Erneuerbare Energien in Deutschland

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie steigert der Sektor der erneuerbaren Energien in Deutschland die Beschäftigung auf den höchsten Stand seit 2011, mit über 406.000 Beschäftigten in diesem Bereich. Die Investitionen in erneuerbare Energien beliefen sich im Jahr 2024 auf 32 Milliarden Euro, was einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Trotz der Herausforderungen bleibt der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte stabil bei 18,1% und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen.

Die Kombination aus politischen Entscheidungen und der Notwendigkeit einer effizienten Umsetzung von PV-Projekten stellt sowohl Österreich als auch Deutschland vor große Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ein schnelles Handeln ist gefordert, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen und die erneuerbaren Energien als tragende Säule der Energieversorgung zu stärken. PV Austria und andere Organisationen haben die Verantwortung, diesen Prozess voranzutreiben und für eine umfassende Planung und Umsetzung einzutreten.

ots.at berichtet, dass ...
bundestag.de informiert über ...
bmwk.de stellt fest, dass ...

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bundestag.de• www.bmwk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at